H:\ZENTRAL\WIN

Der Kreistag
des Landkreises Teltow-Fläming

Haushalts- und Finanzausschuss

Niederschrift

über die 12. öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 11.01.2016 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Dirk Hohlfeld

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gertraud Rocher
Herr Hans-Jürgen Akuloff
Herr Dr. Ralf von der Bank
Frau Katja Grassmann
Herr Hans Kühlewind
Herr Andreas Muschinsky
Herr Matthias Stefke
Herr Dirk Steinhausen

Entschuldigt fehlten:

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 30.11.2015

3	Einwohnerfragestunde	
4	Anfragen der Ausschussmitglieder	
5	Mitteilungen der Verwaltung	
6	Beschlussvorlagen	
6.1	Haushalt 2016	
6.1.1	Haushaltssatzung 2016	5-2575/15-I
6.1.2	Haushaltssicherungskonzept 2016	5-2576/15-I
6.1.3	Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016	5-2581/15-I/1

Nichtöffentlicher Teil

7	Anfragen der Ausschussmitglieder	
8	Beschlussvorlagen	
8.1	Grundstücksangelegenheit - Erbbaupacht in Dahlewitz	5-2627/15-I
8.2	Grundstücksverkauf in der Gemarkung Luckenwalde	5-2628/15-I

Öffentlicher Teil

TOP 1
Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Hohlfeld begrüßt die Anwesenden und wünscht allen ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr. Er begrüßt Herrn Kühlewind als neuen Vertreter der SPD im HFA.

Einwendungen zur Tagesordnung gibt es nicht.
Die Tagesordnungspunkte 6.1.1 bis 6.1.3 werden als ein gemeinsamer Tagesordnungspunkt diskutiert.

TOP 2
Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 30.11.2015

Einwendungen gegen die Niederschrift vom 30.11.2015 liegen nicht vor.

TOP 3
Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 4
Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Hohlfeld weist auf die Anfrage von Herrn von der Bank hin. Die Antwort der Verwaltung wurde den Abgeordneten ausgereicht. Rückfragen können in der nächsten Sitzung gestellt werden.

TOP 5
Mitteilungen der Verwaltung

Frau Wehlan informiert über die Telefonkonferenz der letzten Woche zwischen der Verwaltung, dem Innenministerium und dem Arbeitsministerium zum Thema Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen bezogen auf die Prognosen für das Haushaltsjahr 2016. Nach heutigem Stand wurden im vergangenen Jahr anstatt der prognostizierten rund 2.400 Flüchtlingen bisher 1.900 Flüchtlinge im Landkreis aufgenommen. Nicht berücksichtigt sind hier die Abschiebungen bzw. die freiwilligen Rückführungen. Der weitere Umgang der Landesregierung mit solchen Überhängen ist noch nicht geklärt. Dieser wird zunächst dem Jahr 2016 zugerechnet.
Inwieweit die Haushaltsdokumente aufgrund dessen eine Neuorientierung erfahren müssen, wird bis zur nächsten Ausschusssitzung aufbereitet. Dies betrifft insbesondere den Stellenplan mit Stand Oktober 2015, da mit der Ertüchtigung von Übergangswohnheimen zusätzliche Sozialpädagogen eingestellt wurden.

Frau Wehlan antwortet auf Herrn Steinhausens Anfrage, dass die Traglufthallen bei den Kapazitätszahlen der Übergangswohnheime bisher nicht berücksichtigt wurden.

Frau Gurske ergänzt, dass noch ca. 250 Plätze in Blankenfelde-Mahlow zur Verfügung stehen, Rangsdorf eröffnet einen Standort mit 60 Plätzen. Weiter verfügbar sind einige Einzelplätze in den Bestandseinrichtungen, diese wurden genutzt, um die wenig geeigneten Notunterkünfte zurückzubauen. In der erweiterten Notunterkunft im Birkengrund stehen weitere 60 Plätze zur Verfügung.

Herr Stefke erkundigt sich, ob der Verteilschlüssel noch berücksichtigt werden kann oder ob es momentan nur nach verfügbaren Unterkünften geht. Er bittet, die Kaserne in Blankefelde-Mahlow als Unterbringungsort für Flüchtlinge nicht über das Aufnahmesoll der Gemeinde zu belasten. In einer nahe gelegenen Kita sind bereits 120 Flüchtlingen untergebracht und es gibt Kommunen, die bisher noch keine Flüchtlinge aufgenommen haben.

Frau Wehlan erläutert, dass der Verteilschlüssel Grundlage für das Engagement gemeinsam mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ist und alle Kommunen gleichermaßen daran mitwirken. Dass in den jeweiligen Zeitetappen zuerst auf kreisliche Projekte oder Objekte die kommunal zur Verfügung stehen, zurückgegriffen wird, begründet dieses unterschiedliche Schrittmaß.
In Zusammenhang mit dem Integrationskonzept wurde der Verteilmodus neu bestimmt und an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst. Den Mittelzentren ist eine besondere Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen übertragen worden. Sie haben eine Umlandfunktion und bekommen diese durch das Land besonders gefördert.
Einvernehmlich geeinigt wurde sich auf die Verteilung der für die Stadt Zossen prognostizierten 300 Flüchtlinge auf alle Kommunen. Zwei Kommunen haben bisher noch keine Flüchtlinge aufgenommen, konkrete Gespräche zwecks geeigneter Objekte werden geführt. Für zwei weitere Kommunen stehen Termine zur Beziehung erster Unterbringungsmöglichkeiten fest.

Frau Grassmann erkundigt sich nach der Fluktuation in den Flüchtlingsunterbringungen im Landkreis. Im Land Brandenburg wurden ca. 40.000 Flüchtlinge aufgenommen, zum Ende des Jahres hin waren noch 28.000 von ihnen da.

Frau Gurske erläutert, dass sich die Flüchtlingszahlen bereits verringern, bevor sie im Land Brandenburg bzw. dem Landkreis eintreffen. Der Rückgang im Landkreis selbst ist eher unerheblich.

Herr von der Bank bittet darum, bei Anpassung des Stellenplans aufgrund der zusätzlichen Sozialarbeiterstellen auch an die Schulsozialarbeiter in den Gymnasien zu denken.

Frau Wehlan verweist auf den entsprechenden Kreistagsbeschluss. Im Zusammenhang mit Erarbeitung des Konzeptes zur Jugend-und Schulsozialarbeit wird dieses Thema aufgerufen.

Herr Steinhausen bittet zu prüfen, die in den Kommunen teilweise eingerichteten Stellen der Asylkoordinatoren als Kreisstellen einzurichten oder dies in irgendeiner Art und Weise zu kompensieren.

Frau Wehlan vermittelt, dass solche Art Stellenertüchtigungen im Stellenplan des Landkreises nicht darstellbar sind. Diese Fragestellung wurde auch bisher noch von keiner Kommune an den Landkreis herangetragen.

TOP 6
Beschlussvorlagen

TOP 6.1
Haushalt 2016

Frau Grassmann weist auf die teilweise schlechte Abbildungsqualität der Wirtschaftspläne der Tochtergesellschaften hin, die Anlage des Haushaltes sind und bittet um Überarbeitung. Der Wirtschaftsplan der SWFG fehlt.

Herr Steinhausen ergänzt, dass auch der Wirtschaftsplan der GAG nachzureichen ist. Weiter ist der Landkreis auch Anteilseigner der LUBA und des VBB.

Frau Wehlan weist darauf hin, dass die Einbringung des Haushaltes 2016 im November 2015 erfolgte und die Wirtschaftspläne erst im Dezember 2015 beschlossen wurden.
Die notwendigen Nachreichungen zum Haushalt werden allen Abgeordneten in Dateiform zugestellt.

Herr Steinhausen bittet um einen Kurzbericht zum aktuellen Sachstand der LUBA.

Frau Wehlan erläutert, dass diese Information dem Kreisausschuss und dem Wirtschaftsausschuss vermittelt wurde. Der aktuelle Stand wird für den HFA aufbereitet.

Herr Muschinsky erkundigt sich, ob es im Haushaltsplan möglich ist, die Leerzeilen, in denen nur Nullen stehen, wegzulassen. Dies würde den Umfang des Haushaltes deutlich verringern.

Herr Ferdinand antwortet, dass dies tatsächlich ein technisches Problem ist. Beim Löschen einzelner Zeilen würde man die hinterlegten Berechnungsformeln zerstören.

Herr Stefke fragt, wie hoch die Kosten in Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung und
-versorgung im Landkreis sind und wieviel vom Land erstattet wird.

Frau Wehlan legt dar, dass für die Kosten der Unterbringung und Versorgung die Chance besteht, diese 1 zu 1 über das Landesaufnahmegesetz finanziert zu bekommen.
Die Kosten, die für die Integration, wie bspw. Kita, Schule und bezahlbarer Wohnraum, sind in dieser Aufrechnung noch nicht enthalten.
Selbst wenn die Finanzierung und Einrichtung von Stellen - wie im Bereich Schule - mit dem Land geklärt ist, fehlt oftmals das notwendige Fachpersonal um diese besetzen zu können.

Frau Gurske ergänzt, dass die Aufwendungen für 2016 im Bereich Unterbringung und Unterhalt von Asylbewerbern im Sozialamt bei 16,9 Mio. Euro liegen. Die Erstattungen betragen 14,5 Mio Euro. Weitere Kosten entstehen z. B. in den Bereichen Jugendamt und Ausländerbehörde.

Herr Ferdinand macht darauf aufmerksam, dass es sich bei den aktuellen Zahlen um eine Momentaufnahme handelt, da der Landkreis bei der Schaffung von Unterkünften in Vorleistung gehen muss, die Refinanzierung aber über mehrere Jahre erfolgen soll.

Herr von der Bank dankt der Verwaltung für die Aufstellung des guten Haushalts 2016. Er erkundigt sich, ob bereits festzustellen ist, dass sich der Planansatz für 2015 mit einem Gesamtüberschuss von 6,4 Mio. € realisiert hat.

Herr Ferdinand bemerkt, dass es sehr gut aussieht. Abschließend kann dies jedoch erst mit dem Jahresabschluss 2015 festgestellt werden.

Herr Steinhausen unterstreicht, dass es sich um einen handwerklich gut gemachten Haushalt handelt. Er kritisiert, dass von 2012 bis heute Mehreinnahmen von 50 Mio. € zu verzeichnen waren, es der Landkreis jedoch nicht schafft, die notwendigen Investitionen zu tätigen. Ein Landkreis braucht, um nicht vom Bestand zu leben, durchschnittlich 5 - 8 % seines Gesamthaushaltes an Investitionen. Prioritäten sollten innerhalb des Haushaltes verschoben werden, um gerade im Bereich Investitionen mehr zu tun als bisher. Die vorliegende Prioritätenliste deckt nicht einmal den Grundbestand ab. Es werden keine neuen Impulse gesetzt, es wird nichts getan, um auch zukünftig Mehreinnahmen in anderen Bereichen zu generieren oder bspw. unsere regionale Wirtschaft anzukurbeln.

Herr Hohlfeld bemerkt, dass der Adressat für die Kritik eher der Kreistag wäre.

Frau Wehlan nimmt die Kritik für die Verwaltung aufmerksam auf. Aktuell ist es der Verwaltung nicht möglich, Verwaltungsmittel in die Investitionsquote einzuspeisen. Alle Kräfte sind darauf ausgerichtet die Schulden abzubauen. Über die alternative Finanzierungsmöglichkeit durch MBS-Ausschüttungsmittel kann weitere Projektförderung betrieben werden. Eine frühzeitige Diskussion über die für ein Haushaltsjahr aufgestellte Investitionsliste – vor Prioritätensetzung – könnte auch im HFA bzw. in anderen Fachausschüssen geführt werden.

Herr Steinhausen bittet bezüglich der Prioritätenliste die Einsparungen von Schutzkleidung im Bereich des Katastrophenschutzes zu überdenken.

Frau Wehlan antwortet, die Möglichkeiten der Finanzierung in Zusammenhang mit dem Kommunalinvestitionsgesetz zu prüfen.

Frau Grassmann verweist auf das PWC-Gutachten und bittet in Bezug auf den großen Stellenaufwuchs zu schauen, wo ggf. noch Einsparungspotential vorhanden ist und sich dem interkommunalen Vergleich zu stellen. Die Ausführungen des Kämmerers zur

technischen Problematik bei der Haushaltsaufstellung und finalen Zusammenstellung zeigen, dass die internen Prozesse der Verwaltung in Bezug auf Einsparungen und Ausschöpfung der Prozesse geprüft werden sollten. Die Investitionen und deren Prioritäten sollten bereits im laufenden Jahr in den Ausschüssen diskutiert werden.

Frau Wehlan erinnert, dass laut Personalentwicklungskonzept (PEK) bis zum Jahr 2024 53 Stellen abgebaut werden sollen. Im vergangenen Jahr waren es 11 Stellen. In diesem Jahr sind es 5 Stellen - im Haushaltssicherungskonzept sind 6 eingesparte Stellen aufgeführt, da eine Stelle durch den Eintritt in den frühzeitigen Ruhestand schon verfügbar ist. Der Stellenaufwuchs im Landkreis begründet sich in der Zuweisung neuer Aufgaben.
Sind Stellenschaffungen z. B. aufgrund von Fallzahlensteigerungen notwendig, muss dies gegenüber dem Ministerium und dem Kreistag begründet werden.

Herr von der Bank bemerkt, dass die Aufgabenkritik bei den freiwilligen Leistungen anfängt. Die Schlüsselzuweisungen betragen 1,9 Mio. € und die Transferaufwendungen für die Flughafengesellschaft und für die SWFG liegen bereits bei über einer Million Euro. Weiterhin hat der Landkreis Bürgschaften in Höhe von 13 Mio. € für die SWFG übernommen. Es wäre für 2016 wünschenswert, wenn nicht wieder Risiken in Millionenhöhe eingereicht werden würden und unerwartet Millionenbeträge an die Gesellschaft zugeführt werden müssten.

Frau Wehlan informiert über die Einbringung einer Vorlage in den Kreistag im April, die den aktuellen Stand der SWFG und die verschiedenen Entwicklungsoptionen darstellt.

Herr Steinhausen gibt zu bedenken, ob außer dem Stellenabbau in der Verwaltung nicht auch eine Reduzierung der Liegenschaften erfolgen sollte. Er bittet um eine Liste der Liegenschaften, welche sich im Besitz des Landkreises befinden. Der Verkauf von Vermögenswerten kann eine Möglichkeit sein, um die Schulden schneller zu reduzieren.

Herr Dornquast sichert die Aufstellung in Abstimmung mit dem Fachbereich Liegenschaften zu.

Herr Steinhausen verweist auf die Ausgaben der letzten Jahre für Glashütte. Eine Positionierung zum konzeptionellen Umgang mit dem Objekt wäre wünschenswert.

Frau Wehlan erläutert, dass derzeit die Prüfung der Möglichkeiten in den Fachbereichen erfolgt, damit der Landkreis zukünftig nicht alleine mit diesem Objekt dasteht. Der Museumsdirektor wird bereits vom Land finanziert. Auf Wunsch könnte dies als Schwerpunktthema für eine HFA-Sitzung nach den noch offenen Dezernatsvorstellungen im März bzw. April vorbereitet werden.

Herr Steinhausen schlägt vor, eine gemeinsame Sitzung des Wirtschaftsausschusses und Finanzausschusses in Betracht zu ziehen, da im März/April die verschiedenen Optionen bezüglich des weiteren Umgangs mit der SWFG vorgestellt werden sollen.
Durch das Umweltamt und die Wirtschaftsförderung wurden in der Prioritätenliste Autos angemeldet. Ist es möglich durch Umstrukturierung des Fuhrparks die Ersatzbeschaffungen zu umgehen?

Frau Wehlan betont, dass nicht zusätzlich ertüchtigt wird. Für die Sitzung am 1. Februar 2016 wird das Hauptamt den Sachverhalt nochmals aufbereiten.

Herr Ferdinand informiert, dass bisher keine Anfragen oder Stellungnahmen der Bürgermeister zum Haushalt 2016 an die Verwaltung herangetragen wurden.

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellt er die bisherigen Nachträge der Eckdaten zum Haushalt 2016 dar.
Die Kreisumlage wird weiter 47 % betragen.
Einer der Gründe für die sich besser darstellenden Jahresabschlüsse als in der Planung angenommen, könnte die konservative, zurückhaltende Planung von Erträgen in den Fachämtern sein. Dies sollte in künftigen Planungen aufgegriffen werden. Aktuell liegen nur wenig konkrete Forderungen zur Nachbesserung des Haushaltes 2016 vor.
Der Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen begründet sich in der Erhöhung der Umlagekraftmesszahl, welche die Leistungsfähigkeit des Landkreises darstellt.
Bezüglich der Investitionen gibt Herr Ferdinand zu bedenken, dass man natürlich die Möglichkeit hätte mehr zu investieren. Dies würde jedoch z. B. die Aufnahme von Krediten bedeuten und müsste dann gegenüber dem Ministerium (MIK) umfassend dargelegt und begründet werden. Eine weitere Möglichkeit wäre die Beanspruchung der entsprechenden Bilanzposition. Bis die Jahresabschlüsse vorliegen, kann jedoch nicht abgesehen werden, wie hoch diese Investitionsrücklagen in der Bilanz tatsächlich zum 31.12.2015 hin sind. Dies ist u. a. abhängig von der Inanspruchnahme von Kreismitteln für die Co-Finanzierung der B101.
Auch wäre eine Umschichtung im Aufwandsbereich möglich. Angesichts der angespannten Lage im Aufwandsbereich schien eine Umschichtung der Verwaltungsleitung nicht erfolgsversprechend.
Die Fördermittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz konnten bei Haushaltserstellung nicht berücksichtigt werden, da zu dieser Zeit noch keine konkreten Daten vorlagen. Eine komplett neue Haushaltsaufstellung rechtfertigen die zu erwartenden eher geringen Beträge nicht.
Die zweite Schätzung zu den Schlüsselzuweisungen (Orientierungsdaten) ist ausgeblieben. Eine nächste Schätzung soll voraussichtlich im März 2016 vorliegen.
Der Kassenmittelbestand hat sich positiv entwickelt. Lag der Kassenfestkredit noch im Vorjahr bei 28 Mio. Euro, konnte dieser nun auf 10 Mio. Euro abgesenkt werden. Mittlerweile gibt es sogar Tage, an denen der Kassenkredit bei nur 4 Mio. Euro liegt. In der Planung ist für 2016 wieder eine leichte Steigerung vorgesehen, dies begründet sich in der Co-Finanzierung der B 101, welche in jedem Jahr mitgeführt werden muss.
Mit dem Herauswachsen aus dem HSK könnte auch in 3 Jahren ein positiver Kassenbestand erreichbar sein.
Berichte über die Ergebnisse der SWFG werden durch das Beteiligungsmanagement erstellt, diese werden in der Kämmerei zusammengeführt und an das Ministerium übermittelt. Das Gleiche gilt für anstehende Entscheidungen bzw. Entscheidungsvorschläge hinsichtlich der Gestaltung der anstehenden Jahresabschlüsse. Dabei soll die Werthaltigkeit – auch der anderen Beteiligungen (LUBA, GAG) kritisch aufgezeigt werden. Das Beteiligungsmanagement ist dem Rechtsamt zugeordnet.
Der Jahresabschluss 2012 liegt dem RPA zur Prüfung vor, dieser wurde mit einem positivem Ergebnis von – vorläufig – 880.000 € abgeschlossen.

Die Präsentationen zum Haushalt 2016 sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nichtöffentlicher Teil

Luckenwalde, d.19.1.2016

Hohlfeld
Der Vorsitzende

Kozák
Protokollantin